

Anfrage Valär betreffend Teilrevision zum EGzZGB Grosser Rat

Die Bundesversammlung verabschiedete am 19. Dezember 2008 das totalrevidierte Vormundschaftsrecht, welches am 1. Januar 2013 unter dem neuen Namen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) in Kraft trat. Darin streng gefordert war der Wechsel von erstinstanzlichen Miliz- und Laienbehörden zu interdisziplinär zusammengesetzten professionellen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB). Auf kantonaler Ebene fand die Umsetzung mittels einer Teilrevision des Einführungsgesetzes zum ZGB (EGzZGB, BR 210.100) und dem Erlass einer Verordnung zum Kindes- und Erwachsenenschutz (KESV, BR 215.010) statt. Im Kinderschutz sind seither jedoch aufgrund von Revisionen des Kindesrechts Änderungen von erheblicher Bedeutung eingetreten. Den mit dem Übergang von der Pionier- in eine Konsolidierungsphase und im neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht gemachten Erfahrungen hat im Februar 2021 der Grosse Rat mittels einer Teilrevision des EGzZGB Rechnung getragen. Der revidierte Art. 63a Abs. 3 bis Abs. 7 regelt die Finanzierung der Kosten von stationären Kinderschutzmassnahmen. Neu ist die Gemeinde am zivilrechtlichen Wohnsitz des betroffenen Kindes verpflichtet, diese Kosten zu tragen bzw. zu bevorschussen (Art. 63a Abs. 3).

Der Abrechnungsprozess von stationären Kinderschutzmassnahmen weist jedoch bereits nach ersten Umsetzungserfahrungen in der Praxis erhebliche Probleme auf. Um allfällige Elternbeiträge zu prüfen, zu berechnen und gegebenenfalls auch einfordern zu können, müssen die Gemeinden über die Massnahmen orientiert sein und die notwendigen Dokumente von den Inhabern der elterlichen Sorge einfordern. Aufgrund fehlender sprachlicher bzw. kognitiver Kompetenz, Verweigerung etc. werden diese jedoch teilweise nicht eingereicht. Im Streitfall ist zudem eine Unterhaltsklage gegen die Eltern geltend zu machen – was nicht durch eine hoheitliche Verfügung einer Gemeinde möglich ist. Die mit diesen Prozessen zu erfüllenden Aufgaben der Steuerung, Prozessbegleitung, Rechnungsführung, Koordination mit anderen Dienststellen sowie des Controllings erfordern zwingend mehr personelle Ressourcen und sind aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzen auf verschiedene Personen zu verteilen.

Diejenigen Elternbeiträge, die aufgrund fehlender Mittel über die wirtschaftliche Sozialhilfe ausgerichtet werden, müssen in Fällen von Ausländern dem Amt für Migration gemeldet werden, wenn sie dadurch die Ausrichtung von Fürsorgeleistungen zur Folge haben. In der Praxis kann sich damit der Bezug von fürsorgerischen Leistungen nachteilig auf das Aufenthaltsbewilligungsverfahren auswirken. Bei Inhabern der elterlichen Sorge, die ausserkantonalen Wohnsitz haben, ist zudem das kantonale Gesetz (EGzZGB) nicht anwendbar.

Daher werden von den Unterzeichnenden nachfolgende Fragen an die Regierung gestellt:

1. Mit dem totalrevidierten Vormundschaftsgesetz wurde eine Professionalisierung gesetzlich verankert. Warum sieht das kantonale Gesetz im Bereich Tragung von Kosten im Kinderschutz nun vor, den Auftrag «Abrechnungsprozess und Elternbeitrag» einer Miliz- und Laienbehörde zuzuteilen und damit sämtliche persönlichen, besonders schützenswerten Daten der Betroffenen von diesen bearbeiten zu lassen? Wie können zudem die Betroffenen geschützt werden, wenn der Konflikt besteht, dass die Milizbehörde auch Arbeitgeberin ist?
2. Für die KESB wurden 7,2 neue Vollzeitstellen geschaffen, jedoch nicht für die Gemeinden, welche durch die Revision einen Mehraufwand haben. Durch das Vorgehen im Abrechnungsprozess findet eine Lastenverschiebung zu den Gemeinden statt, welche durch den 20-prozentigen Elternbeitrag nicht zu decken ist und im Soziallastenausgleich (SLA) keine Berücksichtigung findet. Wie gedenkt die Regierung einen Ausgleich vorzunehmen?
3. Der Begriff Eintrittsschwelle bezeichnet den rechnerischen Grenzbetrag zur Beurteilung der Unterstützungsbedürftigkeit. Findet der Elternbeitrag bei der Berechnung Berücksichtigung und kann das bei Eltern mit Aufenthaltsbewilligung zur Meldepflicht führen?
4. Bei Eltern, die einen ausserkantonalen Wohnsitz begründen, ist die Berechnung des Elternbeitrages gemäss Art. 63a Abs. 4 EGzZGB im Gegensatz zu Eltern, die einen kantonalen Wohnsitz begründen, nicht anwendbar. Was erfolgt in der Praxis in solchen Fällen? Entspricht das den Grundsätzen der Rechtsgleichheit?
5. Neu berechnen und verfügen die Gemeinden den Elternbeitrag, was in kleinen Gemeinden zu einer Stigmatisierung der Betroffenen führt. Wie gedenkt die Regierung diese Problematik zu beheben?

Chur, 21. April 2022

Valär, Preisig, Sax, Alig, Berther, Berweger, Brandenburger, Caluori, Cantieni, Censi, Claus, Degiacomi, Dürler, Ellemunter, Engler, Favre Accola, Felix, Flütsch, Föhn, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kienz, Kunz (Chur), Lamprecht, Marti, Mittner, Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Papa, Ruckstuhl, Rüegg, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Weidmann, Wellig, Wieland, Wilhelm, Bürgi-Büchel, Patzen, van Kleef



Sitzung vom

21. Juni 2022

Mitgeteilt den

22. Juni 2022

Protokoll Nr.

542/2022

Anfrage Valär

betreffend Teilrevision zum EGzZGB Grosser Rat

Antwort der Regierung

Zu Frage 1: Die Änderung von Art. 63a Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EGzZGB; BR 210.100) per 1. Januar 2022 hatte keinen Einfluss auf den Datenaustausch zwischen der KESB und der Gemeinde. Die Gemeinden erhalten neu jedoch Kenntnis von sämtlichen im Kindesschutz anfallenden Kosten. Durch die auszugsweise Zustellung des Entscheiddispositivs wird der Datenfluss zum Schutz der Betroffenen auf das nötige Minimum beschränkt. Wenn eine Gemeinde als Arbeitgeberin von einer Kindesschutzmassnahme Kenntnis erhält, so wird der betroffene Mitarbeitende durch das Amtsgeheimnis gemäss Art. 320 Schweizerisches Strafgesetzbuch (StGB; SR 311.0) geschützt. Personendaten dürfen nur zu dem Zweck bearbeitet werden, der bei der Beschaffung angegeben wurde, aus den Umständen ersichtlich oder gesetzlich vorgesehen ist. Zudem müssen die Personendaten durch angemessene technische und organisatorische Massnahmen gegen unbefugtes Bearbeiten geschützt werden (Art. 4 Abs. 3 und Art. 7 Bundesgesetz über den Datenschutz [DSG; SR 235.1]). Im Übrigen ist von einer einwandfreien Personalführung der Gemeinden auszugehen, welche die privaten Lebensbereiche der Mitarbeitenden respektiert.

Zu Frage 2: Bereits vor dem 1. Januar 2022 prüften die Gemeinden eine Kostenbeteiligung der Eltern. Dies tat sie im Rahmen der wirtschaftlichen Sozialhilfe. Bei dieser Prüfung musste regelmässig ein Anspruch gegenüber dem anderen Elternteil auf Leistung von Kindesunterhalt berücksichtigt werden, was der heutigen Berechnung der Elternbeiträge gleichkommt. Obwohl die Berechnung der Elternbeiträge durch die Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) definiert wird, handelt es sich dabei nicht um Sozialhilfekosten. Die neuen Aufgaben erhöhen im Einzelfall weder den Abklärungsaufwand noch die Komplexität der sich stellenden Rechtsfragen. Sie führen jedoch zu einem Mehraufwand aufgrund der Anzahl Fälle, die bei der Gemeinde abgewickelt werden. Die Mitwirkungspflicht der Eltern zur Offenlegung ihrer finanziellen Verhältnisse bleibt dabei nach wie vor von zentraler Bedeutung. Die Gemeinde

kann im kooperativen Austausch mit den Eltern eine einvernehmliche Vereinbarung treffen, wodurch die Berechnung eines Elternbeitrags gänzlich entfällt. Mit den neu geschaffenen 7.2 Vollzeitstellen konnten einerseits die anfängliche Fehlkalkulation in Bezug auf den Personalbedarf bereinigt andererseits der neu geschaffene Stab der KESB ausgestattet werden.

Zu Frage 3: Die Inhaber der elterlichen Sorge beteiligen sich an den Kosten von Kindesschutzmassnahmen im Umfang des von der SKOS definierten Elternbeitrags. Sind sie wirtschaftlich nicht in der Lage, den Mindest-Elternbeitrag von 10 Franken pro Tag zu leisten, kommt das Gemeinwesen für diesen auf, welches für die öffentlich-rechtliche Unterstützung der Inhaber der elterlichen Sorge zuständig ist (Art. 63a Abs. 4 EGzZGB). Dieser Elternbeitrag im Umfang von 10 Franken pro Tag stellt Sozialhilfe dar und führt entsprechend zu einer Meldepflicht im Sinne von Art. 82b der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE; SR 142.201). Es ist davon auszugehen, dass diese Regelung grossmehrheitlich auf Personen Anwendung findet, die bereits Sozialhilfe empfangen, so dass es nicht zu einem Wechsel der Zuständigkeit kommt.

Zu Frage 4: Die Zuständigkeit zur Kostentragung von Kindesschutzmassnahmen kann sich während einer laufenden Kindesschutzmassnahme durch einen Umzug der Eltern in einen anderen Kanton verändern. Für die fortlaufende Überprüfung und Klärung der Zuständigkeit ist die zahlungspflichtige Gemeinde verantwortlich. Die kantonalen Regelungen der Kostentragung der Kindesschutzmassnahmen durch die öffentliche Hand sind aufgrund der föderalistischen Struktur heterogen ausgefallen und dementsprechend im Einzelfall abzuklären.

Zu Frage 5: Die Gemeinde kann entweder im kooperativen Austausch mit den Eltern eine einvernehmliche Vereinbarung treffen oder aber den Rechtsweg beim Zivilgericht beschreiten. Demnach ist die vormalige Verfügung von wirtschaftlicher Sozialhilfe in diesem Zusammenhang nicht mehr zulässig. Dass die Kosten stationärer Kindesschutzmassnahmen über den Pool abgerechnet werden und dass es sich bei den von der Gemeinde getragenen Kosten – mit Ausnahme der bei Frage 3 abgehandelten Fälle – nicht um Sozialhilfekosten handelt, wirkt der befürchteten Stigmatisierung ebenfalls entgegen. Im Übrigen sei analog auf die obigen Ausführungen zu Frage 1 verwiesen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Dumonda Valär concernent la revisiun parziala da la LItCCS Cussegl grond

Ils 19 da december 2008 ha l'Assamblea federala deliberà la revisiun totala dal dretg tutelar ch'è entrà en vigur il 1. da schaner 2013 sut il nov num dretg da la protecziun d'uffants e da creschids (DPUC). Quest dretg ha pretendì en moda rigurusa da midar da las autoritads da milissa e da laics d'emprima istanza ad autoritads per la protecziun d'uffants e da creschids (APUC) professunalas e da cumposiziun interdisciplinara. Sin plaun chantunal è il nov dretg vegnì realisà tras ina revisiun parziala da la Lescha introductiva tar il Cudesch civil svizzer (LItCCS; DG 210.100) sco er tras il relasch d'ina Ordinaziun davart la protecziun d'uffants e da creschids (OPUC; DG 215.010). La protecziun d'uffants ha dentant subì dapi lura midadas d'importanza considerabla, pervia da las revisiuns dal dretg dals uffants. Cun ina revisiun parziala da la LItCCS il favrer 2021 ha il Cussegl grond tegnì quint da las experientschas ch'èn vegnidas fatgas tras il transferiment da la fasa da pionier ad ina la fasa da consolidaziun ed en il nov dretg da la protecziun d'uffants e da creschids. L'art. 63a al. 3 fin al. 7 LItCCS revedida regla la finanziaziun dals custs da las mesiras staziunaras per la protecziun d'uffants. Da nov sto la vischnanca al domicil civil da l'uffant pertutgà surpigliar resp. pajar anticipadamain quests custs (art. 63a al. 3).

Il process da rendaint per las mesiras staziunaras da la protecziun d'uffants mussa dentant problems considerabels gia suenter las emprimas experientschas cun al realisar en la pratica. Per pudair examinar, calcular ed eventualmain er pretender las contribuziuns pussaivlas dals geniturs ston las vischnancas esser orientadas davart las mesiras e dumandar ils documents necessaris dals titulars da la tgira geniturala. Pervia da la cumpetenza linguistica resp. cognitiva mancanta, pervia d'ina refusa e.u.v. na vegnan quests documents dentant per part betg inoltrads. En cas da disputa sto ultra da quai vegnir purtà plant sin mantegniment envers ils geniturs – quai che n'è betg pussaivel tras ina disposiziun suverana d'ina vischnanca. Las incumbensas che ston vegnir ademplidas en connex cun quests process e che cumpiglian la regulaziun, l'accompagnament dal process, la contabilitad, la coordinaziun cun auters uffizis sco er il controlling, pretendan obligatoricamain dapli resursas da personal e ston pervia da las differentas cumpetenzas vegnir repartidas sin pliras personas.

Quellas contribuziuns dals geniturs che vegnan pajadas sur l'agid social economic pervia da meds finanzials mancants, ston – en cas da personas estras – vegnir annunziadas a l'Uffizi da migraziun, sch'ellas chaschunan il pajament da prestaziuns da provediment. En la pratica po pia il fatg da retrair prestaziuns da provediment avair in dischavantatg per la procedura da permissiun da dimora. En cas da titulars da la tgira geniturala cun domicil ordaifer il chantun na po plinavant betg vegnir applitgada la lescha chantunala (LItCCS).

Perquai tschentan las sutsegnadras ed ils sutsegnaders las suandantas dumondas a la Regenza:

1. Cun la revisiun totala da la Lescha tutelara è la professunalisaziun vegnida francada en la lescha. Pertge prevesa la lescha chantunala ussa – en il sector da la surpigliada dals custs en la protecziun d'uffants – d'attribuir l'incarica «process da rendaint e contribuziun dals geniturs» ad in'autorità da milissa e da laics ed uschia da laschar elavurar tut las datas personalas e spezialmain degnas da protecziun da las personas pertutgadas tras questa autorità? Co pon ins ultra da quai proteger las personas pertutgadas, sch'i dat il conflict che l'autorità da milissa è a medem temp er patruna?
2. Per las APUC è vegnidas creadas 7,2 novas plazzas a temp cumplain, però betg per las vischnancas che han survegnì lavur supplementara tras da la revisiun. Il proceder en il process da rendaint chaschuna in transferiment da las chargias sin las vischnancas che na po betg vegnir cuvri cun la contribuziun dals geniturs da 20 pertschient e che na vegn betg resguardà en la gulivaziun da las grevezzas socialas (GGS). Co pensa la Regenza da far ina gulivaziun?
3. La noziun «sava d'entrada» inditgescha l'import minimal calculatoric per valitar il basegn da sustegn. Vegn la contribuziun dals geniturs resguardada en la calculaziun e po quai chaschunar l'obligaziun d'annunzia tar geniturs cun permissiun da dimora?
4. Tar geniturs ch'etableschan in domicil ordaifer il chantun na po betg vegnir applitgada la calculaziun da la contribuziun dals geniturs tenor l'art. 63a al. 4 da la LItCCS, cuntrari a geniturs ch'etableschan in domicil en il chantun. Tge capita en la pratica en tals cas? Correspunda quai als principals da l'egualità giuridica?
5. Da nov calculeschan e disponan las vischnancas la contribuziun dals geniturs. En vischnancas pitschnas ha quai per consequenza che las personas pertutgadas vegnan stigmatisadas. Co pensa la Regenza d'eliminar questa problematica?

Cuira, ils 21 d'avrigl 2022

Valär, Preisig, Sax, Alig, Berther, Berweger, Brandenburger, Caluori, Cantieni, Censi, Claus, Degiacomi, Dürler, Ellemunter, Engler, Favre Accola, Felix, Flütsch, Föhn, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kienz, Kunz (Cuira), Lamprecht, Marti, Mittner, Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Papa, Ruckstuhl, Rüegg, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Weidmann, Wellig, Wieland, Wilhelm, Bürgi-Büchel, Patzen, van Kleef



Sesida dals

21 da zercladur 2022

Communitgà ils

22 da zercladur 2022

Protocol nr.

542/2022

Dumonda Valär

concernent la revisiun parziala da la LltCCS Cussegl grond

Resposta da la Regenza

Tar la dumonda 1: La midada da l'art. 63a da la Lescha introductiva tar il Cudesch civil svizzer (LltCCS; DG 210.100) per il 1. da schaner 2022 n'ha gè nagina influenza sin il barat da datas tranter la APUC e la vischnanca. Da nov prendan las vischnancas dentant enconuschientscha da tut ils custs che resultan en la protecziun d'uffants. Cun consegnar extracts dal dispositiv da la decisiun vegn la circulaziun da las datas restrenschiada sin il minimum necessari per proteger las persunas pertutgadas. Sch'ina vischnanca, sco patruna, prenda enconuschientscha d'ina mesira da la protecziun d'uffants, vegn la collavuratura pertutgada u il collavuratur pertutgà protegì tras il secret d'uffizi tenor l'art. 320 dal Cudesch penal svizzer (CP; CS 311.0). Las datas persunalas dastgan vegnir elavuradas mo per l'intent ch'è vegnì inditgà a chaschun da la procuraziun da las datas, che resorta da las circumstanzas u ch'è previs tenor lescha. Plinavant ston las datas persunalas vegnir protegidas cunter mintga elavuraziun nunautorizada, tras mesiras tecnicas ed organisatoricas adequatas (art. 4 al. 3 ed art. 7 da la Lescha federala davart la protecziun da datas [LPD; CS 235.1]). Dal rest ston ins partir d'ina gestiun dal persunal irreproschabla tras la vischnanca, che respecta ils secturs da la vita privata da las collavuraturas e dals collavuratur.

Tar la dumonda 2: Gia avant il 1. da schaner 2022 ha la vischnanca examinà ina participaziun als custs da vart dals geniturs. Quai ha ella fatg en il rom da l'agid social economic. En connex cun questa examinaziun stueva vegnir resguardada regularmain la pretensiun envers l'auter genitur da pajar il mantegniment dals uffants, quai ch'equivala a la calculaziun dad oz da las contribuziuns dals geniturs. Cumbain che la calculaziun da las contribuziuns dals geniturs vegn definida da la Conferenza svizra da l'agid social (COSAS), n'èn quai betg custs da l'agid social. En il cas singul n'augmentan las novas incumbensas ni ils custs da scleriment ni la complexità da las dumondas giuridicas che sa tschentan. Ellas chaschunan però custs supplementars pervia dal dumber dals cas che vegnan reglads tar la vischnanca. L'obligaziun da cooperar dals geniturs, che pretenda da communitgar las relaziuns finanzialas, è

anc adina d'ina impurtanza centrala. En il barat cooperativ cun ils geniturs po la vischnanca far ina cunvegna consensuala, uschia che la calculaziun da la contribuziun dals geniturs croda davent dal tuttafatg. Cun las 7,2 plazzas a temp cumplain ch'èn vegnidas stgaffidas da nov, han ins per l'ina pudì rectifitgar la calculaziun iniciala fallida areguard il basegn da persunal e per l'autra occupar il stab da la APUC ch'è vegnì creà da nov.

Tar la dumonda 3: Las titularas ed ils titulars da la tgira geniturala sa participeschan als custs da mesiras per la protecziun d'uffants en la dimensiun da la contribuziun dals geniturs ch'è vegnida definida da la COSAS. Sch'els n'han betg las capacitads economicas da pajar la contribuziun dals geniturs minimala da 10 francs per di, surpiglia la communidad ch'è cumpetenta per il sustegn public da las titularas e dals titulars da la tgira geniturala (art. 63a al. 4 LitCCS). Questa contribuziun dals geniturs en la dimensiun da 10 francs per di represchenta l'agid social e chaschuna correspundentamain in'obligaziun d'annunzia en il senn da l'art. 82b da l'Ordinaziun davart l'admissiun, la dimora e l'activitad da gudogn (OADA; CS 142.201). Ins po partir dal fatg, che questa regulaziun vegn applitgada per gronda part per persunas che retiran gia agid social, uschia che la cumpetenzza na vegn betg midada.

Tar la dumonda 4: La cumpetenzza per surpigliar ils custs da las mesiras da la protecziun d'uffants po sa midar durant ina mesira currenta da la protecziun d'uffants, perquai ch'ils geniturs translocheschan en in auter chantun. La vischnanca ch'è obligada da pajar, è responsabla per examinar e per sclerir cuntinadamain la cumpetenzza. Pervia da la structura federalistica èn las regulaziuns chantunals concernent surpigliar ils custs da las mesiras da la protecziun d'uffants tras il maun public daventadas eterogenas e ston pia vegnir scleridas per mintga cas singul.

Tar la dumonda 5: En il barat cooperativ cun ils geniturs po la vischnanca far ina cunvegna consensuala ubain instradar la via giudiziala davant la dretgira civila. Uschia n'è la disposiziun precedenta da conceder agid social economic betg pli admissa en quest connex. Ch'ils custs da las mesiras staziunaras da la protecziun d'uffants vegnan scuntrads sur il pool e ch'ils custs che vegnan surpigliads da la vischnanca – cun excepziun dals cas tractads tar la dumonda 3 – n'èn betg custs da l'agid social, impedescha medemamain la stigmatisaziun temida. Dal rest saja renvià analogamain a las explicaziuns qua survart tar la dumonda 1.



En num da la Regenza

Il president:

Marcus Caduff

Il chancelier:

Daniel Spadin

Interpellanza Valär concernente la revisione parziale della LICC Gran Consiglio

Il 19 dicembre 2008 l'Assemblea federale ha approvato il diritto tutorio sottoposto a revisione totale, entrato in vigore il 1° gennaio 2013 con il nuovo nome di diritto a tutela dei minori e degli adulti. Il diritto sottoposto a revisione chiedeva rigorosamente di passare da autorità di milizia e non professionale di prima istanza ad autorità di protezione dei minori e degli adulti (APMA) interdisciplinari e professionali. A livello Cantonale l'attuazione è avvenuta tramite una revisione parziale della legge d'introduzione al Codice civile svizzero (LICC, CSC 210.100) e l'emanazione di un'ordinanza relativa alla protezione dei minori e degli adulti (OPMinA, CSC 215.010). Tuttavia da allora nella protezione dei minori si sono verificati cambiamenti di notevole importanza a seguito di revisioni del diritto della filiazione. Con una revisione parziale della LICC, a febbraio 2021 il Gran Consiglio ha tenuto conto delle esperienze acquisite con il passaggio dalla fase pionieristica a quella di consolidamento e con il nuovo diritto in materia di protezione dei minori e degli adulti. L'art. 63a cpv. 3-7 sottoposto a revisione disciplina il finanziamento delle spese di misure di protezione dei minori stazionarie. A titolo di novità il comune del domicilio civile del minorenne interessato è tenuto ad assumere o ad anticipare tali spese (art. 63a cpv. 3 LICC).

Tuttavia il processo di fatturazione di misure di protezione dei minori stazionarie evidenzia già notevoli problemi dopo le prime esperienze nella pratica. Al fine di verificare, calcolare ed eventualmente anche rivendicare eventuali contributi dei genitori, i comuni devono essere informati in merito alle misure e richiedere ai detentori dell'autorità parentale i documenti necessari. Tuttavia questi documenti in parte non vengono inoltrati a seguito della mancanza di competenze linguistiche, cognitive o a seguito di rifiuto. Inoltre in caso di controversia occorre fare valere un'azione di mantenimento nei confronti dei genitori, che non può avvenire tramite una decisione sovrana di un comune. I compiti di gestione, accompagnamento al processo, tenuta dei conti, coordinamento con altri servizi nonché controlling che devono essere svolti con questi processi richiedono assolutamente più risorse in termini di personale e devono essere suddivisi tra diverse persone per via delle differenti competenze.

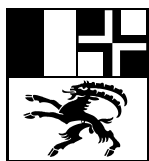
I contributi dei genitori che vengono versati da parte dell'aiuto sociale economico a seguito dell'assenza di mezzi finanziari, devono essere notificati all'Ufficio della migrazione se riguardano cittadini stranieri e se comportano il versamento di prestazioni assistenziali. Nella prassi fare capo a prestazioni assistenziali può quindi avere un impatto negativo sulla procedura per il rilascio del permesso di soggiorno. Inoltre la legge cantonale (LICC) non trova applicazione nel caso di detentori dell'autorità parentale che sono domiciliati fuori Cantone.

Di conseguenza i firmatari e le firmatarie pongono al Governo le seguenti domande:

- 1° Con la revisione totale del diritto tutorio la professionalizzazione è stata prevista dalla legge. Perché nel settore dell'assunzione delle spese nella protezione dei minori la legge cantonale prevede ora che i compiti relativi al «processo di fatturazione e contributo dei genitori» siano assegnati a un'autorità di milizia e non professionale e che a essa sia affidato il trattamento di tutti i dati legati alla persona particolarmente degni di protezione? Inoltre, come si possono tutelare le persone interessate se c'è un conflitto per cui l'autorità di milizia è allo stesso tempo datore di lavoro?
- 2° Per l'APMA sono stati creati 7,2 nuovi impieghi a tempo pieno, tuttavia non per i comuni che a seguito della revisione devono far fronte a un carico di lavoro aggiuntivo. A seguito della procedura di fatturazione vi è un trasferimento degli oneri ai comuni il quale non può essere coperto con il contributo dei genitori pari al 20% e che non viene considerato nella perequazione degli oneri in ambito sociale (PAS). Come pensa il Governo di procedere a una compensazione?
- 3° Il concetto di soglia minima definisce l'importo aritmetico limite per la valutazione del bisogno di assistenza. Nel calcolo viene preso in considerazione il contributo dei genitori e questo può portare a un obbligo di notifica per i genitori con permesso di soggiorno?
- 4° Nel caso di genitori che costituiscono un domicilio fuori Cantone il calcolo del contributo dei genitori secondo l'art. 63a cpv. 4 LICC non è applicabile, contrariamente a quanto vale per i genitori che costituiscono un domicilio nel Cantone. Cosa succede in pratica in questi casi? Questo rispetta i principi dell'uguaglianza giuridica?
- 5° A titolo di novità sono i comuni a calcolare e decidere il contributo dei genitori, il che nei piccoli comuni porta a una stigmatizzazione delle persone colpite. Come intende il Governo porre rimedio a questo problema?

Coira, 21 aprile 2022

Valär, Preisig, Sax, Alig, Berther, Berweger, Brandenburger, Caluori, Cantieni, Censi, Claus, Degiacomi, Dürler, Ellemunter, Engler, Favre Accola, Felix, Flütsch, Föhn, Gugelmann, Hartmann-Conrad, Hitz-Rusch, Hohl, Holzinger-Loretz, Jochum, Kienz, Kunz (Coira), Lamprecht, Marti, Mittner, Natter, Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Papa, Ruckstuhl, Rüegg, Stiffler, Tanner, Thomann-Frank, Thür-Suter, Tomaschett-Berther (Trun), von Ballmoos, Weidmann, Wellig, Wieland, Wilhelm, Bürgi-Büchel, Patzen, van Kleef



Seduta del

21 giugno 2022

Comunicato il

22 giugno 2022

Protocollo n.

542/2022

Interpellanza Valär

concernente la revisione parziale della LICC Gran Consiglio

Risposta del Governo

In merito alla domanda 1: la modifica dell'art. 63a della legge d'introduzione al Codice civile svizzero (LICC; CSC 210.100) entrata in vigore il 1° gennaio 2022 non influisce sullo scambio di dati tra l'APMA e il comune. Tuttavia ora i comuni vengono informati di tutte le spese risultanti nel settore della protezione dei minori. Con l'inoltro di estratti del dispositivo della decisione il flusso di dati viene ridotto al minimo necessario, al fine di tutelare gli interessati. Se un comune in qualità di datore di lavoro viene a conoscenza di una misura di protezione dei minori, il collaboratore interessato è protetto dal segreto d'ufficio secondo l'art. 320 del Codice penale svizzero (CP; RS 311.0). I dati personali possono essere trattati soltanto per lo scopo indicato all'atto della loro raccolta, risultante dalle circostanze o previsto da una legge. Inoltre i dati personali devono essere protetti contro ogni trattamento non autorizzato, mediante provvedimenti tecnici ed organizzativi appropriati (art. 4 cpv. 3 e art. 7 della legge federale sulla protezione dei dati [LPD; RS 235.1]). Si deve poi presupporre una gestione del personale impeccabile da parte dei comuni, la quale rispetti la sfera privata dei collaboratori.

In merito alla domanda 2: già prima del 1° gennaio 2022 i comuni verificavano la partecipazione alle spese da parte dei genitori. Questo avveniva nel quadro dell'aiuto sociale economico. Nel quadro di tale verifica occorreva tenere regolarmente in considerazione il diritto nei confronti dell'altro genitore a percepire la prestazione di mantenimento del figlio, il che equivale all'attuale calcolo dei contributi dei genitori. Nonostante il calcolo dei contributi dei genitori venga definito dalla Conferenza svizzera delle istituzioni dell'azione sociale (COSAS), non si tratta di spese di aiuto sociale. Nel singolo caso i nuovi compiti non aumentano né l'onere per l'accertamento né la complessità delle questioni giuridiche che si presentano. Tuttavia essi generano un onere supplementare a seguito del numero di casi che vengono trattati dal comune.

L'obbligo di collaborare dei genitori nel dichiarare la propria situazione finanziaria rimane di importanza fondamentale. In uno scambio cooperativo il comune può trovare un accordo con i genitori, per cui il calcolo del contributo dei genitori verrebbe completamente meno. Con i nuovi 7,2 impieghi a tempo pieno creati è stato possibile da un lato correggere l'errore di calcolo iniziale per quanto riguarda il fabbisogno di personale e dall'altro dotare di personale il nuovo stato maggiore dell'APMA.

In merito alla domanda 3: i detentori dell'autorità parentale partecipano alle spese di misure di protezione dei minori in misura del contributo dei genitori definito dalla COSAS. Se i genitori non sono in grado di garantire il contributo dei genitori minimo pari a 10 franchi per ragioni economiche, del contributo dei genitori si fa carico l'ente pubblico competente per l'assistenza di diritto pubblico dei detentori dell'autorità parentale (art. 63a cpv. 4 LICC). Questo contributo dei genitori pari a 10 franchi al giorno costituisce un aiuto sociale e di conseguenza comporta un obbligo di comunicare ai sensi dell'art. 82b dell'ordinanza sull'ammissione, il soggiorno e l'attività lucrativa (OASA; RS 142.201). Occorre ritenere che questa norma si applichi in particolare a persone che già percepiscono l'aiuto sociale, motivo per cui non vi è un passaggio di competenze.

In merito alla domanda 4: la competenza per l'assunzione delle spese delle misure di protezione dei minori può cambiare mentre una misura di protezione dei minori è in corso, a seguito di un trasferimento dei genitori in un altro Cantone. Il comune tenuto al pagamento è responsabile per la verifica e l'accertamento regolari della competenza. Per via della struttura federale, le norme cantonali relative all'assunzione delle spese delle misure di protezione dei minori da parte dell'ente pubblico sono eterogenee e di conseguenza devono essere accertate caso per caso.

In merito alla domanda 5: il comune può trovare un accordo in uno scambio cooperativo con i genitori oppure intraprendere un'azione legale presso il tribunale civile. Di conseguenza in questo contesto la decisione precedente di aiuto sociale economico non è più ammissibile. Il fatto che le spese di misure di protezione dei minori stazionarie vengano fatturate tramite il pool e il fatto che le spese sostenute dal comune - ad eccezione dei casi di cui alla domanda 3 - non sono spese di aiuto sociale aiutano a loro volta a prevenire la temuta stigmatizzazione. Per il resto si rimanda alle spiegazioni di cui sopra in merito alla domanda 1.



In nome del Governo

Il Presidente:

Marcus Caduff

Il Cancelliere:

Daniel Spadin